

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

Ein Antrag des GR. Ullreich (chr. soz.) auf Errichtung einer Strassenbahnlinie zwischen dem Ostbahnhof und der Geiselbergstrasse wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

GR. Hiess (Soz. Dem.) beantragt dem Verband der weiblichen und männlichen Hausangestellten Oesterreichs „Einigkeit“ für das Jahr 1923 zum Zwecke der Erhaltung seines Heimes für Dienstmädchen eine Subvention von drei Millionen zu bewilligen.

GR. Untermüller (chr. soz.) erklärt, der Verein habe in diesem Jahre ein Drittel seiner Mitglieder eingebüsst, er führe ein Dasein im Verborgenen und es sei nicht zu verstehen, daß man einem solchen Verein aus öffentlichen Mitteln eine Zuwendung macht. Der weit stärkere Verband der christlichen Hausgehilfinnen habe um Subventionierung angesucht, bisher aber nichts bekommen.

Der Referent entgegnet, wenn die Behauptung des GR. Untermüller, daß die „Einigkeit“ ein bescheidenes Dasein führe, richtig sei, werde er auch zugeben müssen, daß die Subvention sehr bescheiden ist.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Derselbe Referent beantragt dem Arbeitertouristenverein „Die Naturfreunde“ eine außerordentliche Subvention von 100 Millionen Kronen für den Bau von Schutzhütten zu bewilligen und begründet den Antrag damit, daß die Naturfreunde die Schutzhütten des deutschösterreichischen Alpenvereines nicht mehr benützen können, weil ihnen der Vertrag gekündigt worden sei. Da dem Verein hauptsächlich Wiener Arbeiter und Angestellte angehören, sei es Pflicht der Gemeinde ihn zu unterstützen, zumal er aus eigenen Mitteln die Baukosten nicht bestreiten könne.

GR. Wawerka (chr. soz.) hat gegen die Subvention grundsätzlich nichts einzuwenden, er müsse aber konstatieren, daß mit dieser Bewilligung mit einem Prinzip gebrochen wurde, da ein eigener Sportbeirat im Gemeinderat bestehe, dem bisher alle diese Ansuchen unterbreitet worden sind. Redner erwarte, daß nun auch andere touristische Vereine entsprechende Subventionen erhalten werden, wenn sie darum ansuchen. Bisher seien sie immer abgewiesen worden. Es sehr so aus, als wollte die Mehrheit einen parteipolitischen Verein unterstützen. Der Alpenverein habe den Vertrag für andere touristische Vereine nicht aus Gehässigkeit gegen die Naturfreunde gekündigt, sondern weil er trachten musste, in seinen Schutzhütten für die eigenen Mitglieder Platz zu schaffen. Die Naturfreunde stehen als Gäste in den Schutzhütten nicht im besten Rufe. (Protestrufe bei der Mehrheit.) Wenn Sie daran zweifeln, daß in den der Kreisen der Naturfreunde Parteipolitik getrieben wird, kann ich Ihnen ein Beispiel bringen. Ich bin Jungwanderführer des niederösterreichischen Jugendvereines. Einigemal haben auch Mitglieder der Naturfreunde an solchen Wanderungen teilgenommen. Nachher hatten sie deswegen mit ihrer Vereinsleitung Verdruss und wurde ihnen erklärt, daß sie aus dem Verein austreten müssen, wenn sie an solchen Wanderungen des österreichischen Jugendvereines noch einmal teilnehmen.

GR. Schorsch (Soz. Dem.): Das ist sicher unwahr.

GR. Wawerka (chr. soz.): Nein, das ist wahr, ich kann es beweisen. Die Gemeinde Wien hat bisher für das Jugendwandern sehr wenig getan, lediglich zwei Herbergen geschaffen. Bei diesem Anlasse möchte ich den Antrag stellen: Die Gemeinde Wien widmet einen entsprechenden Betrag zur

Sonaffung von Jugendwanderherbergen in Niederösterreich und in den übrigen Bundesländern. Ueber die Höhe des Betrages ist mit dem Wiener Jugendhilfswerk das Einvernehmen zu pflegen.

GR. Angeli (chr. soz.) erklärt gleichfalls, daß die Subvention für die Naturfreunde aus parteipolitischen Motiven gegeben werde.

In seinem Schlusswort bemerkt der Referent, es müsse wohl zugegeben werden, daß die Gemeinde Wien dem Sportbeirat bisher zu wenig unterstützt habe, aber das sei nur geschehen, weil die Gemeinde früher keine Mittel besessen habe. Wenn die Besserung in der Gemeinde anhalte, werden auch genügende Mittel für Sportzwecke dem Sportbeirat zur Verfügung gestellt werden. Bei der Kündigung des Vertrages durch den Alpenverein spiele sicherlich der Umstand mit, daß die Herren unter sich sein wollen, und es nicht vertragen, wenn auch Arbeiter auf die Berge steigen, um dort frische Luft zu schöpfen. Wir werden trachten, den beiden Sportverbänden die nötigen Summen zur Verfügung zu stellen und auch die andern touristischen Vereine werden, wenn sie dessen würdig sind, Subventionen bekommen.

GR. Wawerka (chr. soz.) erklärt in einer tatsächlichen Berichtigung, er müsse dem Alpenverein öffentlich in Schutz nehmen gegen die Verdächtigung, daß er aus Abneigung gegen die Arbeiter den Vertrag den Naturfreunden gekündigt habe. Richtig sei vielmehr, daß die großen bürgerlichen Touristenvereine jede Klassenpolitik aus ihren Betrieb ausgeschaltet haben.

GR. Täubler (Soz. Dem.): Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist, ich und meine Frau waren vor dem Kriege einzeln als Mitglieder der Sektion Austria beigetreten. Wegen meiner Einrückung im Kriegsdienste und meiner Kriegsgefangenschaft hat meine Mitgliedschaft während des Krieges geruht. Als wir uns nach dem Umsturz wieder zur Austria als Mitglieder meldeten, wurden wir abgelehnt, obgleich ich kein Jude bin, sondern nur weil ich Sozialdemokrat bin. Die bürgerlichen Vereine schliessen auch die geistigen Arbeiter, und zwar jeden, der nicht Antisemit und Hakenkreuzler ist. (Lärm bei den Christlichsozialen).

Der Antrag wird sodann angenommen.

Weiter referiert GR. Hiess über Post 13, 14, 15, 16 und die von ihm gestellten Anträge werden ohne Debatte angenommen.

GR. Schorsch (Soz. Dem.) referiert über Post 6 und sein diesbezügliche Antrag wird ebenfalls ohne Debatte angenommen.

GR. Alt (Soz. Dem.) referiert sodann über Post 9, 10 und 10a, auch die diesbezüglichen Anträge werden ohne Debatte angenommen.

GR. Siegel (Soz. Dem.) referiert über Post 21, 22, 23, die Anträge werden debattelos angenommen.

GR. Siegel beantragt die Errichtung eines Wasserbehälters in der Krapfenwaldgasse, sowie die Herstellung von Rohrleitungen in Ottakring und Hernalz. Es handelt sich hier darum, daß die höher gelegenen Teile Döblings, die gegenwärtig unter dem geringen Druck der Hochquellenwasserleitung sehr zu leiden haben, nunmehr eine klaglose Trinkwasserversorgung erhalten. Die Kosten dieser Herstellungen betragen 10.4 Milliarden Kronen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

GR. Siegel referiert über das bereits bekannte dritte Notstandsprogramm und teilt mit, daß der größte Teil dieser Arbeiten bereits in Durchführung ist und teilweise viele Projekte fertiggestellt worden sind. Durch dieses Notstandsprogramm ist es der Gemeinde gelungen, die Arbeitslosigkeit bedeutend zu mildern und in einzelnen Gewerben, wie bei den Malern und Anstreichern, Maurern, Pflasterern u.s.w. sind durch dieses Programm alle Arbeitslosen beschäftigt worden.

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 5. Oktober 1923.

Große Investitionen der Persenbeuger Porphyritwerke. Wie erinnerlich hat die Gemeinde vor einiger Zeit rund 90 Prozent Aktien der seit zweieinhalb Jahren still liegenden Persenbeuger Porphyritwerke erworben, die das einzige erhebliche bereits aufgeschlossene Vorkommen von Eruptivgestein in Oesterreich darstellen. Es soll dort Hartschotter von der Qualität des Basaltes erzeugt und damit die Wiener Straßenpflege auf eine ganz neue Grundlage gestellt werden. Der bisher verwendete Kalkschotter, der durch seine Weichheit einerseits der Grund zu der starken Wiener Staubplage, andererseits bei Regenwetter der Anlaß zu übermäßiger Kotbildung war, verschwindet gänzlich. Um die gewaltigen Schottermengen zu gewinnen, die Wien insbesondere zur Wiederherstellung der seit Kriegsausbruch stark zerstörten Makadamestrassen benötigt, muß eine gründliche Modernisierung der Betriebseinrichtungen erfolgen. In diesem Sinne wurden heute im Stadtsenat Investitionen von rund acht Milliarden Kronen auf Grund der Garantieleistung der Gemeinde beschlossen. Die Bestellungen umfassen u.a. die Aufstellung einer großen Betoneisen-Siloanlage, die Erweiterung des Industriegleises, die Aufstellung zweier großer Dampfmaschinen, die Aufstellung eines Kaminkühlers, Kompressoren, große Brecher- und Sortieranlagen, nebst einer Reihe von Arbeiterwohnungen. Die Arbeiten werden mit größter Beschleunigung durchgeführt werden, so daß schon im nächsten Frühjahr mit der Verwendung dieses überaus widerstandsfähigen Hartschotters begonnen. Diese großen Bestellungen bedeuten eine gerade in der Winterszeit sehr erwünschte Linderung der Arbeitslosigkeit durch die Gemeinde Wien. Im Persenbeuger Betrieb selbst werden dauernd 220 Arbeiter Beschäftigung finden.

Ein neues Bad in Favoriten. Die Gemeindeverwaltung hat im zweiten Notstandsprogramm, das anfangs Mai beschlossen worden ist, auch den Bau einer großen modernen Badeanlage in Favoriten vorgesehen. Dieses Bad sollte ursprünglich auf den Gründen der Firma Alder errichtet werden, was jedoch an dem Widerstand des Grundbesitzers scheiterte. Auch ein Enteignungsverfahren, das die Gemeinde mangels eines geeigneten Baugrundes einleitete, konnte infolge der ablehnenden Haltung der Ministerien nicht durchgeführt werden. Dadurch wurde leider der Bau dieses Bades, das für die Bevölkerung Favoritens unbedingt notwendig ist, stark verzögert. In der heutigen Sitzung des Stadtsenates berichtete der städtische Baureferent Stadtrat Siegel, daß, um nun doch den Bau dieses wichtigen Bades zu ermöglichen ein Teil der Gartenanlage am Bürgerplatz in Favoriten dazu verwendet werden wird. Die Baufläche ist 6818 Quadratmeter groß und werden davon 3524 Quadratmeter verbaut. Auf die Gartenanlage, die diesem Bad angeschlossen wird, entfallen 3169 Quadratmeter. Das Bad wird Brause- und Wannenbäder, ein großes Hallenschwimmbad, das mit einem verschiebbaren über-Glasdach deckt ist und bei günstiger Witterung als Freibad benützt werden kann. Ferner werden Heißluft- und Heißdampfbäder, Sonnenbäder, Kaltwasserbäder, Heilbäder, wie Moorbäder, Solebäder, Gas- und Lichtbäder eingerichtet. Das Schwimmbassin wird 33 Meter lang und 12.5 Meter breit sein, sowie eine größte Tiefe von 4.8 Meter aufweisen. Außer diesem großen Schwimmraum wird noch ein kleinerer für Kinder vorhanden sein. Da dieses Schwimmbad auch für sportliche Veranstaltungen, wie Wettschwimmen u.s.w. benützt werden soll, werden an den beiden Längsseiten zwei Stufenartig aufgebauete Etagen angeordnet, auf denen für ungefähr 400 Zuschauer Bänke angebracht werden. Im Erdgeschoß des neuen Bades werden die Diensträume, ein Erfrischungsraum, die beiden Abteilungen des Dampfbades für Männer und Frau

en, die Räume für Massage, Hand- und Fußpflege, verschiedene Brausen und ein Kalt- und Warmwasserbassin untergebracht. Im ersten Stock werden die Warte-, Auskleide- und Ruheräume für die im Erdgeschoße befindlichen Dampfbäder eingebaut. Außerdem werden auch zwei Friseurräume für Männer und Frauen errichtet. Im zweiten Stock werden die Brausebäderabteilungen I. Kl. für Männer und Frauen untergebracht. Sie enthalten 84 Brausen samt Auskleidezellen, wovon die Hälfte für Männer die andere Hälfte für Frauen bestimmt ist. Ferner befinden sich im zweiten Stocke noch die Wannenbäder samt Warteräumen und die erforderlichen Diensträume. Der dritte Stock wird die Brauseabteilungen II. Kl. für Männer und Frauen enthalten. Vorgesehen sind 30 Brausezellen für Männer, 20 für Knaben, 22 für Frauen und 16 für Mädchen. Die erforderlichen Auskleidekasteln sind getrennt angeordnet. Es werden 80 Kasteln für Männer, 54 für Knaben und in der Frauenabteilung 70 Kasteln für Frauen und 44 für Mädchen. Im dritten Stock werden außerdem noch 18 Wannenbäder und die entsprechenden Warteräume vorhanden sein. Je ein Kaltwasserbad für Männer und Frauen und je 19 Auskleidekabinen, ein Kaltwassersaal mit anschließendem Massageraum, Ruheräume, einen Raum für den Arzt mit anschließendem Untersuchungszimmer, ein Trockenraum für die Wäsche und ein Sonnenbad/werden im vierten Stocke untergebracht. Für Männer wird oberhalb des vierten Stockwerkes das terrassenförmig ausgestaltete Dach als Sonnenbad eingerichtet. Ueber dieser Terrasse wird sich an der Front der Favoritenstrasse ein Turm zur Aufnahme des sechsten, siebenten und achten Stockwerkes, die je einen großen Warm- und einen kleineren Kaltwasserbehälter enthalten, erheben.

Dieses neue städtische Bad wird also allen Anforderungen, die an eine moderne Badeanlage gestellt werden, vollauf genügen. Die Ausführung erfolgt in einer großzügigen Weise und wird das Gebäude einen künstlerischen Eindruck nach Innen und Außen erwecken. Der Stadtsenat hat als erste Baurate einen Betrag von 22 Milliarden Kronen genehmigt und wird mit den Arbeiten sofort begonnen werden.

Eine Subvention für den Arbeitertouristenverein „Die Naturfreunde“. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses beantragte GR. Hiess dem Arbeitertouristenvereine „Die Naturfreunde“ eine Gemeindegeldsubvention von 100 Millionen Kronen zu gewähren. Der Referent begründete diesen Antrag damit, daß in der letzten Zeit verschiedene Touristenvereinigungen ihre Schutzhütten nur einem bestimmten Kreis zugänglich machen und daß die Rassegegensätze auch auf die Berge getragen werden. Die Naturfreunde sind daher gezwungen eigene Schutzhäuser zu bauen, was naturgemäß mit großen Kosten verbunden ist. Die Gemeindeverwaltung soll den Bau solcher Schutzhäuser, die allen Bergfreunden zugänglich sind, durch diese größere Geldzuwendung ermöglichen. In der Debatte wurde lebhaft bedauert, daß die Gegensätze nun auch auf dem Gebiete des Bergsportes solche unerfreuliche Erscheinungen zeitigen und der Antrag angenommen. Auch die Sitzung des Stadtsenates, die sich heute mit diesem Antrag beschäftigte, stimmte der Subventionierung zu.

Gehrte Redaktion!

Am Montag, den 8. Oktober 1923 wird im Hofe des Stadtschulratsgebäudes im Saale I die

dritte Folge der Schülerarbeitenausstellungen eröffnet. Die Ausstellung enthält Schülerarbeiten auf dem Gebiete des Werunterrichtes, der Bürgerschule des sechsten bis achten Schuljahres, darunter Zeichnungen, Papierschnitte, Modellierarbeiten, Holzarbeiten und Schülerversuche.

Vizepräsident Nationalrat Glöckel ersucht freundlichst um 11 Uhr vormittags einen Vertreter Ihres geehrten Blattes zu dieser Eröffnung zu entsenden.

2

GR. Zimmerl (chr. soz.): Die Notstandsprogramme enthalten größten Teile aufgeschobene Arbeiten. Wir haben immer gesagt, daß es sich dabei nicht um Notstandsprogramme, sondern um nichts anderes als Wahlprogramme handelt. Sie haben dagegen erklärt, daß Sie früher die Mittel nicht hatten, und erst in der letzten Zeit die Beträge einlangten, die so große Ausgaben ermöglichten. Nun haben Sie uns vor 14 Tagen die beiden Rechnungsabschlüsse für das zweite Halbjahr 1921 und für das Jahr 1922 vorgelegt. Es ist nun merkwürdig, daß diese Rechnungsabschlüsse, obwohl sie fertig sind, nicht noch vor den Wahlen in den Gemeinderat kommen. Sie glauben, daß Sie damit wenig Glück haben werden und da haben Sie auch recht. Der Rechnungsabschluß für das Jahr 1922 enthält nämlich Zahlen und da ergibt sich, daß Sie nicht nur den Besitz besteuern, sondern sich den größten Teil Ihrer Einnahmen bei den breiten Massen holen. Der Rechnungsabschluß weist einen Ueberschuß von 38 Milliarden aus, obwohl Sie einen Abgang von 5.3 Milliarden Kronen veranschlagt hatten. Sie haben die Einnahmen um das 27fache gesteigert, während die Ausgaben nur um das 21fache sich erhöhten. Sie brauchen auf diesen Ueberschuß nicht stolz zu sein, denn jetzt liegen ja die Zahlen vor und die beweisen, daß Sie rund 700 Milliarden von den breiten Massen nehmen, während Sie nur etwas über 100 Milliarden mit gewissen Einschränkungen von den Besitzenden holen. Da zu behaupten, daß Sie nur die Reichen belasten ist doch etwas zu stark. Es ist daher zu begreifen, warum Sie diesen Rechnungsabschluß nicht vor der Wahl in den Gemeinderat bringen. In diesem Abschluß steht nämlich auch, daß Sie am 31. Dezember 1922 rund 298 Milliarden Kassenbestände gehabt haben, wovon 275 Milliarden den Banken geliehen worden sind. Im August 1922 hat Stadtrat Breitner noch vom Zusammenbruch geredet, aber schon damals haben Sie die Steuern derart erhöht, daß Sie die notwendigen Einnahmen erhielten. Noch im Frühjahre verweigerte Stadtrat Breitner jede Mitteilung über die Finanzlage, gibt sie aber dann doch vertraulich im Finanzausschuß. Schon damals haben Sie über solche Bankguthaben verfügt, die Sie dann, als der Wahltermin ausgeschrieben wurde, endlich behoben haben. Sie haben dieses Geld nicht früher zur Linderung der Arbeitslosigkeit verwendet und wenn ich die Agitation so führen würde, wie Sie in Ihren Versammlungen, dann müßte ich heute sagen, daß Sie die Leute hungern und darben ließen und den großen Banken das Geld geliehen haben. Die Leute werden erkennen, daß es sich bei diesem Notstandsprogramm nur um ein Wahlprogramm gehandelt hat.

GR. Kunschak (chr. soz.) beschäftigt sich gleichfalls mit den Ziffern des Rechnungsabschlusses. Mit vollem Bewusstsein habe die Majorität in dem Voranschlag ganz unzulängliche Beträge für kurrente Ausgaben eingesetzt, um späterhin etappenweise mit Notstandsprogrammen aufwarten zu können, also eine Spiegelfechterei ärgster Sorte. Der Rechnungsabschluß vom Jahre 1922 bietet eine wahre Fundgrube von Argumenten hierfür. Für die Erhaltung der Schulgebäude wurden beispielsweise 900 Millionen Kronen ausgegeben, während die Ausgaben im Friedensjahr 1923 800 Millionen Goldkronen oder über 11 Milliarden Papierkronen für diesen Zweck betragen haben. Daraus ergibt sich nicht nur, daß die Mehrheit mit den Aufwendungen für die Schulen außerordentlich zurückgeblieben ist, sondern auch die Tatsache, daß dieser Betrag nicht hinreichte, auch nur die notwendigsten Instandhaltungsarbeiten vorzunehmen und infolgedessen eine Verwahrlosung der Schulgebäude eintreten mußte. Zu ähnlichen Feststellungen gelangt man durch eine vergleichende Betrachtung der im Voranschlag eingestellten und im Rechnungsabschluß ausgewiesenen Ausgaben für die Instandhaltung der Amtsgebäude, der Bäder und der Schuleinrichtungen. Die Mehrheit mußte hierbei die Ueberzeugung haben, daß alle die eingesetzten Beträge absolut unzulänglich sind. Wenn Sie es trotzdem tat, so gibt es keine andere Erklärung hierfür, als daß sie die Ausgaben für die technische Gruppe so gedrosselt hat, um späterhin mit Notstandsprogrammen herauszukommen, die

gar keine Notstandsausgaben umschließen, sondern einfache Kurrenteausgaben sind. Mit Ausnahme der städtischen Unternehmungen ist das meiste in diesem Notstandsprogramm eine Zusammenstellung von unerlässlichen kurrenten Ausgaben. Der Rechnungsabschluß soll auch den Vergleich ermöglichen mit dem Voranschlag, aber es sind im Rechnungsabschluss Posten enthalten, die im Voranschlag an andere Stelle aufgeschoben sind, also ganz unzulässliche Umstellungen vorgenommen worden. Die Christlichsozialen werden sich heute bei der Abstimmung über das Notstandsprogramm nicht beteiligen, weil sie an einer solchen Farce nicht mitwirken wollen. Das Notstandsprogramm hätte den Gemeinderat rechtzeitig unterbreitet werden müssen, bevor noch die Arbeiten ausgeführt werden. Dass der Gemeinderat ignoriert wurde, ist eine unerhörte Brückierung. Zusammenfassend kann man sagen, das Programm ist ein Summarium für absolut unerlässlich kurrente Ausgaben, das Programm der Befriedigung zur Behebung eines Notstandes der herrschenden politischen Partei im Rathause.

GR. Siggel sagt in seinem Schlußworte, daß die Vorredner einen großen Teil ihrer Ausführungen dem Rechnungsabschluß gewidmet haben. Gemeinderat Kunschak habe hierbei geklagt, daß die Kompetenz hier nicht immer genau eingehalten werde. Einer Schuld in diesem Sinne fühle ich mich nicht bewusst und deshalb bin ich auch nicht in der Lage hier darüber zu sprechen nachdem der Rechnungsabschluß weder dem Finanzausschuß noch dem Stadtsenat vorgelegen ist. Die oppositionellen Redner sind mit ihrer Kritik also den Ereignissen weit vorausgeeilt. Was das Notstandsprogramm anlangt, muß ich darauf verweisen, daß während der Ferialzeit der Stadtsenat die Kompetenz des Gemeinderates hat und alle entsprechenden Beschlüsse mit Zustimmung der Minorität gefasst worden sind. Nach einer alten Gepflogenheit erledigt der Stadtsenat während der Ferialzeit die dringlichen Agenden des Gemeinderates. Wenn die Minderheit also im vorliegenden Falle abfällige Kritik übt, so sind die Folgerungen ebenso unrichtig, wie die Voraussetzungen hierfür. An sonsten stellen die vorgebrachten Bemängelungen eine Wiederholung jener Reden dar, die zu jedem Notstandsprogramm gehalten werden. Wieder machte sich das Bestreben geltend, die Leistungen der jetzigen Gemeindeverwaltung herabzusetzen und den Aufwand von vielen Milliarden für Notstandsarbeiten als nichts besonderes hinzustellen, eine Sache, die die gewohnte oppositionelle Uebertreibung ist. Gerade mit der raschen Vergebung der Arbeiten wurde ein rasches Sinken der Arbeitslosigkeit bewirkt.

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Dank der Sanierung Seipels, seid Ihr in der Lage ein Notstandsprogramm durchzuführen.

(Zahlreiche Gegenrufe bei den Sozialdemokraten).

GR. Siegel (fährt fort): Ich möchte den Zwischenrufern unter meinen Freunden schon sagen, daß Sie diesmal im Unrecht sind. Denn auch der Bund hat sich bemüht ein Notstandsprogramm zu machen und auch herauszugeben. Das Notstandsprogramm des Bundes hat den Betrag von 60 Milliarden für Wohnbauten umfasst. Es war dies wirklich nicht viel, denn 60 Milliarden sind zwar kein sehr hoher Betrag und stehen nicht im Einklang mit der Größe der Letten, mit denen die „Reichspost“ diese „Aktion“ der Bundesregierung angekündigt hat. Es freute uns aber doch. Wir haben uns gesagt, daß davon nach dem ursprünglichen Schlüssel 24 Milliarden auf Wien entfallen, das wären immerhin 300 Wohnungen. Gegenüber den 2900 Wohnungen, welche die Gemeinde im Jahre 1923 baut, nichts besonderes, doch immerhin nicht zu verachten. Aber die Freude währte nicht lange. Bei der vor wenigen Tagen erfolgten Verteilung zeigte es sich, daß diese pomphafte Ankündigung nichts als Wahlschwindel war. Die Regierungsvertreter mußten zugeben, daß von den 60 Milliarden zunächst ein schon vor Monaten von den Banken gegebener Vorschuß von 6 Milliarden zurückzahlen ist. Es blieben also nur 54 Milliarden übrig. Bei weiterem Drängen mußte das zweite Geständnis abgelegt werden, daß nämlich die Banken nur noch 18 Milliarden, also ein Drittel fest übernehmen haben. Die übrigen 34 Milliarden hängen ganz in der Luft und es hängt von der Gnade der Banken ab, ob sie im nächsten Frühjahr noch et-

was Geld hergeben wollen, oder nicht. Für die Bauten der Gemeinde wurden nach hartem Ringen und nach Abschlagen des Versuches des Ministers Schmitz Wien ganz leer ausgehen zu lassen, 6 Milliarden zugewiesen. Das ist kläglich genug. 75 Kleinwohnungen! Aber auch diese kleine Freude waren nur eine leere Seifenblase. Diese sechs Milliarden sollen nämlich erst im Frühjahr flüssig gemacht werden, wenn die Banken nach den Wahlen noch die Güte haben, Anleihen zu übernehmen. Charakteristisch ist, daß den Banken

für ihr „Entgegenkommen“ von der Regierung gedankt wurde. Wir konnten nicht warten, sondern wir haben rasch entschlossen zugegriffen, wir haben einen Teil bereits fertiggestellt, einen anderen Teil in Angriff genommen und werden unser Programm restlos erfüllen. Ihre Einwendung, daß sich um einen Bluff handle, sind nicht wahr und ich bitte nun um die nachträgliche Zustimmung zu dem Programm.

Der Antrag wird mit überwiegender Majorität angenommen.

GRin. Glöckel (Soz. Dem.) beantragt die Bewilligung von 5600 Millionen Kronen für die Nachschaffung von Klassenlektüre für die Wiener Schulkinder. Bis jetzt haben immer je zwei Kinder zusammen die Schulbücher benutzt, durch diesen Betrag soll nun der Stand der Klassenlektüre derart vermehrt werden, daß auf jedes einzelne Kind die erforderlichen Bücher kommen. Diese Reform wird bis Weihnachten vollständig durchgeführt sein.

GR. Klimesch (Tscheche) erklärt, für diesen Antrag zu stimmen, da Bücher eine veredelnde Wirkung auf die Kinder ausüben. Was aber aus vollen Herzen den deutschen Kindern geboten wird, muß auch für die tschechischen Kinder geschehen. Sie haben für die deutschen Kinder glänzend vorgesorgt, leider nicht auch für die tschechischen. Diese Kinder haben keine Lehrmittel und keine Lehrbücher, weil man die alten monarchistischen Bücheln doch nicht als Schulbücher bezeichnen kann. Wir haben selbst eine reiche Literatur und wünschen, daß diese den Kindern zugänglich gemacht wird, damit sie die Kultur des eigenen Volkes kennen lernen.

GR. Machat (Tscheche) erklärt, daß der Stadtschulrat viel zu langsam den tschechischen Kindern helfe. Er lasse sich dabei von der Furcht vor der Strasse leiten. Auch über die Lehrer in den tschechischen Schulen gibt es viel zu klagen. So hat sich in Hernals ein Lehrer den Kindern mit den Worten vorgestellt, er sei kein Tscheche und dazu noch ein Offizier.

GR. Angermayer (chr. soz.) : Was ist da dabei?

GR. Klimesch (schreiend): So ein Hakenkreuzler, Mordbube!

GR. Winter (Soz. Dem.) : Offiziere haben in der Schule nichts zu tun. Sie können sich die Schule ohne Feldwebel noch immer nicht vorstellen.

GRin. Glöckel ersucht die tschechischen Gemeinderäte ihre Beschwerden dem Stadtschulrat vorzutragen, worauf der Antrag einstimmig angenommen wird.

GR. Prof. Tandler (Soz. Dem.) beantragt den Angestellten und Beamten der niederösterreichischen Landesanstalten, die von der Gemeinde übernommen worden sind, die notwendigen Dienstkleider zu bewilligen. Die Kosten betragen 466 Millionen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

GR. Prof. Tandler ersucht um die Genehmigung eines Zuschusses von 353 Millionen Kronen für die verschiedenen Fürsorgeeinrichtungen der Gemeinde.

Der Antrag wird ebenfalls ohne Debatte angenommen.

GR. Prof. Tandler ersucht um die Genehmigung eines Zuschusses von 240 Millionen Kronen, der für die Geldaushilfen und Bekleidungsbeiträge für Kinder für den Rest des Verwaltungsjahres 1923 notwendig ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

GR. Broczyner (Soziald.) berichtet über die Verhandlungen, die mit dem holländischen Block über das Investitionsanlehen vom Jahre 1902 geführt worden sind und beantragt die geschlossenen Vereinbarungen zu genehmigen. Der Antrag wird ohne Debatte genehmigt.

GR. Simon (Soziald.) beantragt die Herabsetzung der Lagerhausgebühren um weitere zehn Prozent und eine Vereinfachung und Auflassung verschiedener Lagerhaustarife.

GR. Rotter (christlich.) erklärt, daß seine Partei schon seit längerer Zeit auf die hohen Tarife der Lagerhäuser hingewiesen habe und die Befürchtung aus sprach, daß die Konkurrenzfähigkeit der Lagerhäuser darunter leiden werde. Das war berechtigt und jetzt ist man gezwungen die Tarife herabzusetzen. Auch der Direktor Nübel hat auf diese unhaltbaren Tarife hingewiesen und wurde dafür beurlaubt. Die Folgen dieser hohen Tarife sind für das Lagerhaus katastrophal gewesen. An manchen Tagen war überhaupt kein Einlauf zu verzeichnen. Nunmehr muß zugegeben werden, daß diesmal eine durchgreifende Änderung erfolgt ist, nur hätte sie schon längst geschehen sollen.

Der Referent weist in seinem Schlußworte darauf hin, daß die Entwicklung des Lagerhauses auch vor der Tarifermäßigung nicht ungünstig gewesen sei, da sich gegenüber dem Jahre 1913 die Zahl der eingelagerten Waggons verdoppelt hat. Hierauf wird die Referentenvorlage einstimmig angenommen.

GR. Schütz (Soz. Dem.) referiert über die Errichtung einer Freilufttransformatorstation der städtischen Elektrizitätswerke und führt aus, daß zu diesem Zwecke eine Bodenfläche im Ausmaß von 167 mal 72 Meter in Anspruch genommen werden muß.

VB. Hoss (chr. soz.) bemerkt in der Debatte, daß gegen die Widmung des Grundes zu diesem Zwecke nichts einzuwenden sei, jedoch möge man die baldigste Regelung der Frage der Baulinie auf diesen Parzellen ins Auge fassen, da mehrere Familien, die sich dort ihre Kleinhäuser zu bauen beabsichtigen, in höchstem Maße daran interessiert wären.

Sodann wird der Antrag des Referenten angenommen.

Post 19 wird ohne Debatte angenommen.

Post 20 desgleichen.

GR. Schneider (Soz. Dem.) referiert über die Uebernahme der Kanalaräumung in dem Eigenbetrieb der Gemeinde Wien.

GR. Doppler (chr. soz.) und GR. Rotter (chr. soz.) bemängeln, daß die Gemeinde in durchaus leichtsinniger Weise bei der Behandlung dieser Frage vorgegangen sei. Auch hätte es sich bei den Verhandlungen zwischen der Gemeinde und der bestehenden Arbeitsgemeinschaft der Kanalaräumer klar und deutlich erwiesen, daß auch Sozialdemokraten, wosie können, profitgieriger seien, als die ärgsten Kapitalisten, denn die Arbeitsgemeinschaft verlangte für die Uebernahme ihres Inventares eine Summe, die um mehr als eine halbe Milliarde größer war, als es den wirklichen Wert entsprach.

Der Referent widerlegt in seinem Schlußworte alle die Bemängelungen von Seite der Minorität und weist darauf hin, daß die Gemeinde heute fest entschlossen sei, auf dem Gebiete der Kanalaräumung eine vollständige Reformierung des Betriebes durchzuführen. Der Antrag wird schliesslich angenommen.

Post 17 und 18 werden ohne Debatte angenommen.

Es gelangt nun ein Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Rummelhardt und Genossen zur Verhandlung, in dem ausgeführt wird, dass hervorragende sozialdemokratische Gemeindefunktionäre in der Öffentlichkeit wiederholt daran Kritik geübt haben, dass die Bundesverwaltung die Kriegsanleihen gekündigt hat und das Nominale derselben nur in Papierkronen zahlt. Damit in Verbiidung wird die Valorisierung der Kriegsanleihe und der verschiedenen anderen Kronenwerte gefordert und die Sistierung der Einlösung der Kriegsanleihe verlangt. Die Bundesverwaltung hat zum Zweck der Unterstützung besonders notleidender Kleinrentner vorläufig den Betrag von fünf Milliarden Kronen bereitgestellt. Ferner wurden den Besitzern von Kriegsanleihen Bestätigungen über die erfolgte Einlösung ausgefertigt, die ihnen das Anspruchsrecht im Zuge weiterer Aktionen wahren. Die Gemeindeverwaltung hat gleichfalls die städtischen Anleihen aus der Vorkriegszeit aufgerufen und zahlt die in Goldkronen geleisteten Beträge nur in Papierkronen zurück und fertigt damit die Besitzer im Gegensatz zu dem Vorgehen der Bundesverwaltung endgültig ab. Ferner verweigert die Gemeinde trotz wiederholter gerichtlicher Erkenntnisse den Vollzug der durch die Versicherungspolizzen erworbenen Ansprüche und bringt den Betrag der in Gold eingezahlten Prämien zur Auszahlung. Zur Behebung der durch dieses Vorgehen den Besitzern zugefügten Schaden stellen die Gefertigten nachstehenden Dringlichkeitsantrag. Der Gemeinderat wolle beschließen: 1. Allen Besitzern städtischen Anleihepapiere wird die erfolgte Ablieferung zur Wahrung ihrer vollen Rechtsansprüche bestätigt. 2. Im Rahmen der Gemeindeverwaltung wird analog dem Vorgehen der Bundesverwaltung eine Hilfsaktion für notleidende Besitzer städtischer Anleihepapiere eingerichtet und der Magistrat wird beauftragt, das hiezu Erforderliche sogleich zu veranlassen. 3. Die aus den mit der städtischen Leichenversicherung abgeschlossenen Verträgen sich ergebenden Leistungen sind den Bestimmungen der Verträge entsprechend zu erfüllen.

GR Rummelhardt (chr. soz.) erklärt zur Begründung, dass die Gemeinde Wien bereits die städtischen Anleihen mit Papierkronen auszahlt und damit die Besitzer ohne jede Hoffnung abfertigt, dass sie zu ihrem Rechte kommen, weil seinerzeit die Einzahlungen auf die Anleihe in Goldkronen geleistet wurden. Hier sei es umso dringlicher Abhilfe zu schaffen, weil die Bevölkerung weiß, dass die städtischen Unternehmungen völlig aktiv sind, daher die Möglichkeit einer entsprechenden Entschädigung der Anleihebesitzer gegeben wäre. Eine Schande für die Gemeinde Wien ist es auch, die jetzt in Milliarden schwimmt, dass sie ihrer Verpflichtung gegenüber den Versicherten bei der Leichenbestattung nicht nachkommt. Redner ersucht daher den Gemeinderat, seinem Antrage die Dringlichkeit zuzusprechen.

Dem Antrage wird die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

GR Rummelhardt begründet sodann die einzelnen Anträge und sagt: Die Wahlzeit hat Dinge hervorgebracht, die die Bevölkerung merkwürdig berühren. Namentlich die sonderbaren Plakate, in denen der vormalige Bürgermeister Dr. Weiskirchner beschuldigt wird, dass er die Bevölkerung aufforderte, Kriegsanleihe zu zeichnen. Dr. Weiskirchner hat damit nichts anderes getan, als die Arbeiterzeitung in gut bezahlten Inseraten getan hat. (GR Jorde (Soz. Dem.): Diese Inserate hat die Arbeiterzeitung nehmen müssen.) Bürgermeister Weiskirchner musste damals dieser Pflicht nachkommen, während die Arbeiterzeitung das nicht tun musste. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sie wurde dazu gezwungen, das war Terror). Sie wissen meine Herren ganz genau, dass der Bund nicht in der Lage ist mit seinen Mitteln die Kriegsanleihe valorisiert auszuzahlen. Aber die Kriegsan-

leihebesitzer bekommen Bestätigungen für die abgegeben Stücke, die Ihnen das Recht wahren, wenn die Sanierung weiter fortgeschritten ist, die entsprechenden Beträge einzufordern. Außerdem ist für die derzeit in Not geratenen Kleinrentner dadurch vorgesorgt, dass der Bund zu ihrer Fürsorge fünf Milliarden bereitgestellt hat. Was hat im gleichen Falle die Gemeinde getan? Die Kommunalanleihen beziehen sich auf Dinge, die nach dem Referate der städtischen Unternehmungen aktiv sind. Sie aber ziehen diese Anleihen ein, zahlen den ursprünglichen Nennwert aus und fertigen die Leute ein für allemal ab. Wo geben Sie den Besitzern dieser Papiere die Garantie, dass ihnen später diese Anleihen entsprechend eingelöst werden? Nichts von alledem. Sie hätten daher die allergeringste Ursache derartige Plakate anzuschlagen. Möhnlich gehen Sie bei den abgeschlossenen Versicherungen für die Leichenbestattung vor. Die Polizze verpflichtet die Gemeinde Wien, Städtische Leichenbestattung zu einem Grab, ja sogar zu einem Grabstein. Was geschieht aber jetzt? Gar nichts, als dass den Leuten, die in gutem Geld eingezahlten Prämien heute in schlechten Papierkronen ausgezahlt werden. Sie, die Sie vom Staate die Valorisierung der Kleinrenten verlangen, müssen auf Ihrem Gebiete selbst ihre Pflicht erfüllen. Dieser Vorgang wird die Gemeinde Wien noch ungezählte Milliarden kosten. Daher ist es geboten, hier Ordnung zu schaffen, denn bei diesen fortwährenden Prozessen wird die Gemeinde Wien schließlich den Kürzeren ziehen. Es ist also sehr notwendig, dass meine Anträge angenommen werden, sonst müssten Sie sich vor der Bevölkerung schämen. Wenn Sie Plakate auf die Valorisierung der Kriegsanleihe machen, dann ist es ein unerhörter Betrug, weil Sie auf Ihrem eigenen Gebiete Ihre Pflicht nicht erfüllen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Haben Sie uns Goldkronen gegeben? Nur stinkendes Sauerkraut!)

Vizebürgermeister Emmerling: Die Gemeinde hat unter der Kleinrentner not weit mehr zu leiden, als der Bund, der nur Nutzniesser der Kronenwertung ist. Die Gemeinde hat an viele hunderte von einstigen Kleinrentnern Unterhaltsbeiträge zu zahlen, sie hat Kinder von Kleinrentnern in ihren Anstalten, sie hat Kleinrentner in ihren Versorgungshäusern. Die Gemeinde wird es also sehr begrüßen, aus Gründen der Gerechtigkeit und auch in finanzieller Beziehung, wenn den Kleinrentnern ausgiebig geholfen wird. Nicht nur durch Almosen, sondern auf wirklichen Rechtsgrundlagen. Wir können uns sehr gut vorstellen, dass beispielsweise eine ausgiebige Börsengewinnsteuer, die Verdoppelung der Bankenumsatzsteuer, ein hoher Zuschlag auf alle grösseren Einkommen gelegt und so ein wirklich sehr bedeutender Ausgleichsfond geschaffen wird. Daraus sollen die Kleinrentner aller Art befriedigt werden. Im übrigen kann ich feststellen, dass die Gemeinde auch noch in anderer Art selbst ein Opfer der Kriegsanleihekatastrophe geworden ist. Die Gemeinde hat rund 75 Millionen Kriegsanleihe gezeichnet, die natürlich auch wertlos geworden ist. Valorisiert der Bund die Kriegsanleihe, so ist die Gemeinde schon weit leichter in der Lage, selbst erhöhte Zahlungen an die Besitzer von Wiener Anleihen zu leisten. Wir sind daher ohne weiters bereit, die Einlösestellen zu beauftragen, nachträglich, soweit sie dies technisch vermögen, solche Bestätigungen über erfolgte Einlösung Wiener Anleihen auszufolgen. Jedenfalls kann ich erklären, dass die Gemeinde jede Valorisierung, die der Bund bei den Kriegsanleihen vornehmen wird, bei den eigenen Anleihen ohne weiters mitmacht. Was die Versicherten der Leichenbestattung anlangt, haben wir bisher alle Fälle ausgeglichen. Wir glauben aber, dass es dem Versicherten nicht sehr gedient ist, wenn sie als Kleinrentner verhungern und dann laut Versicherungsvertrag sechsspännig und mit Vorderreitern begraben werden. Das Wort in der Kleinrentnerfrage hat die Bundesregierung.

GR. Kunschak (chr. soz.) : Mit einer Geste kommt man hier über die ganze Angelegenheit nicht weg (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Sechskronenmehl!)

GR. Kunschak (zu GR. Schleifer): Herr GR. ich habe schon einmal gesagt, wer behauptet, daß ich Sechskronenmehl versprochen habe, der ist ein gemeiner Lügner. Wenn im Zusammenhang mit unserem Antrage von Demagogie gesprochen wird, so muß ich schon sagen, daß diese nur auf Ihrer Seite zu finden ist, denn wir haben der Gemeinde nicht die geringste Schwierigkeiten gemacht, bei der Einlösung der städtischen Anleihe. Ihnen aber ist es vorbehalten die ganze Rentenfrage zu einer Demagogie auszunützen, wo Sie sich dem Herrn Zahlmann verschreiben, der eine eigene Partei von Kleinrentner geschaffen hat, die nun zur Erkenntnis gekommen sein soll, es wäre besser, sozialdemokratisch zu wählen. Sie schämen sich auch nicht die Kleinrentner aufzuhetzen gegen den Bund. Sie schämen sich weiter nicht in Ihren Wahlplakaten Herrn Dr. Weiskirchner lächerlich zu machen, der in selbstloser und treuer Erfüllung seiner Amtspflicht die Bürgerschaft Wiens zur Zeichnung von Kriegsanleihe aufforderte. Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit nur erinnern, wie lukrativ sich damals die Aufnahme von Kriegsanleihe in Ihrer Parteipresse sich erwies. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten: Das war erzwungen! Ausnahmezustand!) Ich erinnere Sie daran, daß Ihr Parteiman Fritz Adler in öffentlicher Gerichtsverhandlung erklärte, er schäme sich und fühle sich erniedrigt und gedrückt durch die Haltung Ihrer Partei im Kriege.

Vizebürgermeister Emmerling: Mein Vorredner hat auch einen Fall angeführt in dem er daran zweifelt, daß meine Ausführungen über die Leichenkostenversicherung richtig waren. Ich stelle fest, daß nach der oberstgerichtlichen Entscheidung die Gemeinde das Recht hat, Ausgleich vorzunehmen und es wurden alle Fälle ausgeglichen. Sie müssen zugeben, daß nicht einzelne Menschen auf Grund eines alten Vertrages Vorteile erhalten können, die von hunderttausenden bezahlt werden müßten. Es handelt sich bei der Leichenkostenversicherung um einen Aufwand von fast 240 Milliarden Kronen und dieser Betrag müßte von der Bevölkerung aufgebracht werden, damit die Leute einen Luxusgrabstein erhalten. Wenn Gemeinderat Kunschak erklärt, daß Weiskirchner nur einen selbstverständlichen Akt der Pflichterfüllung vollzogen hat, als er die Bevölkerung zur Zeichnung der Kriegsanleihe als gutes Geschäft aufgefordert hat, so stimmen wir dem vollständig zu, denn eine Partei wie die christlichsoziale, die zum Kriege gehetzt, die Umzüge veranstaltet hat und die mit Musikkapellen durch die Stadt gezogen ^{ist}, aus Freude, daß nun endlich der Krieg da ist, eine Partei, die dazu beigetragen hat, daß die Menschen in dieser Stadt sich nächtelang vor den Geschäften um das bisschen Essen anstellen mußten, die mußte auch zur Zeichnung der Kriegsanleihe auffordern. Sie haben zur Not und zu dem Elend der Kleinrentner beigetragen und sie haben jetzt auch die Pflicht den Kleinrentner beizustehen, da sie die Verantwortung für alle Kriegsfolgen tragen. Sie haben als Regierungspartei dafür gesorgt, daß die Kapitalisten, die Banken und die Besitzenden für die Geldentwertung entschädigt werden. Warum schaffen Sie nicht auch einen Ausgleichsfonds für die armen Kleinrentner?

Bei der Abstimmung wurden Punkt 1 und 2 des Antrages, Zuweisung zur geschäftsordnungsmässigen Behandlung, angenommen, Punkt 3 wird abgelehnt.

Zur Verhandlung gelangt hierauf, der Dringlichkeitsantrag des GR. Körber und Genossen: Die Strecke Engerthstrasse und Wehlstrasse zwischen dem Santa Luciaplatz und der Ostbahn wird ebenfalls in den allgemeinen Tarif ohne Aufzahlung einbezogen.

GR. Körber (chr. soz.) begründet kurz die Dringlichkeit.

Bei der Abstimmung wird dem Antrage die Dringlichkeit nicht zuerkannt und die Sitzung hierauf geschlossen.